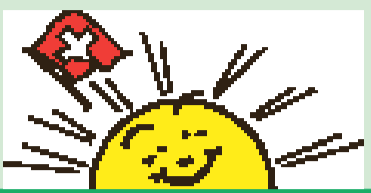


Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und «Zürcher Bauern»



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Haben Listenverbindungen
ausgedient?
von Reinhard Wegelin

Seite 2

Kanton Zürich

Man schenkt sich nichts
bei den Wahlen
von Lorenz Habicher

Seite 3

Aktuell

Mantelerlass – einseitig
und verfassungswidrig
von Karl Spühler

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Geld und Vernunft spielen
keine Rolle
von Jean-Marc Jung

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Wahltreff in
Zürich
Hotel Krone

Seite 8

ZWEITER WAHLGANG STÄNDERATSWAHLEN

Jetzt noch einmal für Gregor Rutz mobilisieren

Am kommenden Wochenende können wir den Erfolg wahr machen und nach 16 Jahren mit Gregor Rutz wieder einen Zürcher SVP-Vertreter in den Ständerat schicken. Unsere Mitglieder haben in den letzten Wochen Aussergewöhnliches geleistet. Jetzt gilt es, noch einmal alle Ressourcen zu mobilisieren.

Die Wahlen für den Ständerat rücken näher. Am kommenden Sonntag wird abgestimmt, wer den Kanton Zürich zukünftig als zweite Stimme im Ständerat vertreten wird. Zur Wahl stehen der bürgerliche Gregor Rutz und die linksgrüne Tiana Moser.

Noch einen letzten Effort leisten

In den vergangenen Wochen haben wir von der SVP Kantonalpartei noch einmal alle Ressourcen aufgebaut, um unsere Basis zu mobilisieren. Täglich telefonierten wir mit unzähligen Sympathisanten, um sie auf die kommende Wahl aufmerksam zu machen. In der Regel war nicht viel Überzeugungsarbeit nötig. Die meisten Sympathisanten haben Gregor Rutz bereits gewählt oder wollen es tun. Den bürgerlich gesinnten Menschen ist also durchaus bewusst, dass es sich um eine Richtungswahl handelt.

Die Motivation ist auch bei unseren Mitgliedern und den Mandatsträgern gross, endlich – nach 16 Jahren Durststrecke – wieder einen Zürcher SVP-Politiker in den Ständerat zu hieven. Sie haben zahlreiche Standaktionen bei klirrender Kälte und Dauerregen organisiert, bei der noch einmal Gipfeli ver-

teilt und interessante Gespräche geführt wurden. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit Gregor Rutz am kommenden Sonntag einen SVP-Ständerat in unseren Reihen begrüssen dürfen.

Beeinflussbare Politiker

Eigentlich ist die Wahl ja eindeutig. Die bürgerlichen Wähler, vertreten durch SVP, FDP, die Mitte und mehrere Kleinparteien, haben im Kanton Zürich die Mehrheit. Deshalb versuchten die Anhänger von Tiana Moser, die Kandidatin ins politische Zentrum zu rücken, wo sie nicht hingehört. Die TA-Zeitun-

«Eigentlich ist die Wahl
ja eindeutig.»

gen betrieben zu diesem Zweck eine regelrechte Medienkampagne, die sich gar zur absurden Behauptung verstieg, Moser stünde der FDP näher als die SVP. Artikel im Nebenspalter und auch im Zürcher Boten zeigten das Gegenteil: Rutz ist fest im bürgerlichen Lager verortet und vertritt die Anliegen der Mehrheit der bürgerlichen Wähler, während Moser zum linksgrünen Lager gehört.

Der Wahlkampf um die Ständeratswahlen führte uns Verschiedenes vor Augen. Einerseits ist die monopolartige mediale Macht von linken Medienhäusern weiterhin ein Problem für die Bürgerlichen, auch wenn sie dank der sozialen Medien nicht mehr so gravie-

rend ist wie in früheren Jahren. Andererseits politisieren viele vermeintlich bürgerliche Politiker krass links von ihrer Wählerbasis. Dafür ist nicht zuletzt der Druck der Medien verantwortlich. Bürgerliche Politiker, die mehr auf die Akklamation der Medien aus sind als auf die Umsetzung des Wählerwillens, sind aber unglaublich und letztlich eine Hypothek für ihre Parteien.

Bürgerlicher Schulterschluss

Doch die Kontroverse hatte auch eine positive Seite. Man spürt wieder, wie viele bürgerliche Politiker bis weit in die Mitte erkennen, wie wichtig die bürgerliche Zusammenarbeit ist. So haben Persönlichkeiten aus allen Parteien ein bürgerliches Manifest unterschrieben. Das stimmt nicht nur für die kommenden Ständeratswahlen optimistisch, sondern auch für die Arbeit in den Parlamenten und die Kantons- und Regierungsratswahlen 2027.

Es liegt in unserer Hand, am kommenden Wochenende den Erfolg wahr werden zu lassen. Ruhen Sie sich jetzt nicht aus. Sprechen Sie ein letztes Mal mit Ihren Freunden, Bekannten und Nachbarn, um sie noch zur Wahl zu mobilisieren, falls sie noch nicht gewählt haben. Jede verlorene Stimme ist eine verpasste Chance! Vergessen Sie auch nicht: Die Stimmabgabe ist nur noch im Gemeindebriefkasten oder an der Urne möglich. Schon jetzt möchte ich allen danken, die seit dem 22. Oktober mit unermüdlichem Einsatz für Gregor eingestanden sind.



Marco Calzimiglia
ParteiSekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Jede Stimme zählt!

GREGOR RUTZ
STÄNDERAT FÜR ZÜRICH

Bringe dein Couvert noch heute zur Gemeinde!

Wahltreff in Zürich

Sonntag, 19. November, 15h - ca. 18h
Hotel Krone Unterstrass, Schaffhauserstr. 1, 8006 Zürich

Am Wahlsonntag organisiert die SVP Kanton Zürich einen Wahltreff. Verfolgen Sie mit uns das Geschehen rund um den 2. Wahlgang zu den Ständeratswahlen!

Ein Apéro wird ab ca. 16:30h offeriert.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

19. Nov.: Gönd jetzt go wähle!

GREGOR RUTZ
STÄNDERAT FÜR ZÜRICH

svp-zuerich schweizer demokratie
Der Total der 11 Hablicher

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Frieden und Selbstbestimmung sichern
- Gleichheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch



Christoph Mörgeli

Die Massenzuwanderung ist illegal

Laut «Sonntagszeitung» liegt die Netto-Zuwanderung aus der EU mit fast 65000 Personen auf dem höchsten Wert seit 2008. Obwohl unsere Wirtschaft schwächelt und die Firmen beinahe täglich neue Massenentlassungen ankündigen. Als Lug und Trug erweisen sich die offiziellen Behauptungen vor Einführung der Personenfreizügigkeit, im Falle des Wirtschaftsabschwungs würde die Zuwanderung zurückgehen. Genau wie die Versicherung, «Ängste» über eine starke Zunahme der EU-Einwanderung seien «nicht begründet». Auch wurde den Stimmbürgern von Bundesrat und Parlament vorgegaukelt, wir könnten «eine Schutzklausel beanspruchen, wenn durch eine zu starke Einwanderung wirtschaftliche oder soziale Probleme entstehen sollten». Und die Vorlage über die Personenfreizügigkeit sei «nicht an die Weiterentwicklung des europäischen Rechts gebunden». Heute verlangt die EU von uns die automatische Rechtsübernahme samt EU-Gerichtsbarkeit – wegen der Weiterentwicklung des europäischen Rechts.

Wir reden von der illegalen Migration zahlreicher Scheinflüchtlinge. Die Massenzuwanderung aus dem EU-Raum ist aber genauso illegal. Seit 2014 steht nämlich in der geltenden Verfassung: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig. Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.» In einem illegalen Handstreich hat das Parlament den gültigen Verfassungsartikel ausgehebelt. Dabei bezeichnet die Eidgenössische Bundeskanzlei die Volksinitiativen als «Grundpfeiler der Demokratie». In der Verfassung steht auch, die Zuwanderung sei auf die «gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten». Offenbar sorgen unsere Politiker auf Teufel komm raus dafür, dass das wirtschaftliche Niveau auf jenes der EU herabsinkt. Erst dann ist Schluss mit der Zuwanderung. Aber heute gilt: Das einzige Wachstum, das die Schweiz noch hat, ist das Bevölkerungswachstum.

NEUE INITIATIVEN

Das selbstbewohnte Wohneigentum muss gestärkt werden

Mit einer Flut an Initiativen und Referenden versucht die Linke, den Kanton Zürich in einen sozialistischen Ballenberg zu verwandeln. Kluge Projekte werden verhindert, wenn die Maximalforderungen nicht erfüllt und ausschliesslich Genossenschaftswohnungen vorgesehen sind. Kein Wunder mangelt es im ganzen Kanton an bezahlbaren Wohnungen für den Mittelstand. Zwei Initiativen zur Förderung des selbstbewohnten Wohneigentums sollen diesen Missstand durchbrechen.

Hans Egloff
Alt Nationalrat SVP
Präsident HEV Schweiz
Aesch

«Kanton und Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau und das selbstgenutzte Wohneigentum.» So steht es in der Verfassung des Kantons Zürich. Trotz diesem klaren Auftrag tun Kanton und Gemeinden kaum etwas für die Stärkung des selbstbewohnten Wohneigentums. Dieses Nichtstun wiegt umso schwerer, weil Umfragen eindeutig zeigen, dass achtzig Prozent der Bevölkerung am liebsten in den eigenen vier Wänden leben möchten. Das ist nicht

verwunderlich. Denn Wohneigentum gibt persönliche und finanzielle Sicherheit. Das zeigt sich auch im öffentlichen Leben. Wohneigentümer identifizieren sich stark mit ihrem Wohnort und engagieren sich besonders oft in der Politik oder in Vereinen. So tragen Wohneigentümer viel zu lebenswerten Quartieren, Dörfern und Städten bei.

Linke Verhinderungspolitik stoppen

Trotz dem Verfassungsauftrag, trotz den klaren Umfragen und trotz dem unbestrittenen Nutzen, den Wohneigentümer für die Allgemeinheit leisten, wird das Wohneigentum vom Staat nicht gefördert. Im Gegenteil: Aktuell sind im Kanton Zürich drei linke Initiativen hän-

gig, mit denen zum Beispiel ein untaugliches Vorkaufsrecht eingeführt werden soll oder mit denen die Verdichtung nach innen nahezu verunmöglicht würde. Gleichzeitig werden grosse Wohnbauprojekte, zum Beispiel auf dem Neugasse- oder auf dem Kibag-Areal in der Stadt Zürich, durch ideologische Sturheit verhindert. Willkommen im sozialistischen Ballenberg!

Missstände endlich beheben

Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben. Es ist Zeit, den Verfassungsauftrag umzusetzen und Wohnraum für den Mittelstand zu schaffen.

Um dies zu erreichen, müssen wir die beiden grössten Hindernisse für den Kauf von Wohneigentum beseitigen: fehlendes Eigenkapital und zu hohe Im-

mobilienspreise. Genau dafür wurde in diesem Herbst das Projekt «Chance Wohneigentum» lanciert. Kernstück sind zwei kantonale Volksinitiativen, mit denen genau diese Hindernisse gezielt angegangen werden.

Wohneigentums-Initiative

Die Wohneigentums-Initiative fordert, dass bei staatlich geförderten Wohnbauprojekten nicht nur kostengünstige Mietwohnungen, sondern auch kostengünstige Wohnungen für das selbstbewohnte Wohneigentum erstellt werden müssen. Damit wird preisgünstiges Wohneigentum für den Mittelstand geschaffen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass bei staatlich geförderten Projekten Mieten und Eigentum gleichberechtigt behandelt werden.

Starthilfe-Initiative

Die Starthilfe-Initiative will den erstmaligen Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum erleichtern. Durch die Einführung einer ergänzenden Bürgerschaft, garantiert durch den Kanton Zürich, wird das für den Kauf benötigte Eigenkapital reduziert und damit der Zugang zu einer Hypothek erleichtert. Insbesondere junge Personen und Familien erhalten so wieder die Chance, aus eigener Kraft Wohneigentum erwerben zu können.

Jetzt unterschreiben

Mit diesen beiden Initiativen werden die Rahmenbedingungen so angepasst, dass sich der Mittelstand wieder aus eigener Kraft Wohneigentum leisten kann. Im Namen des Initiativkomitees danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung und Unterschrift.

Die Unterschriftenbögen liegen dieser Ausgabe des Zürcher Bote bei und können zudem auf www.chance-wohneigentum.ch heruntergeladen werden.



Die Wohneigentümer sind, wie hier in Uster, im Kanton Zürich in der Minderheit.

Bild: Wikipedia

WILDWUCHS VON LISTEN UND GEFEILSCHE UM WÄHLERPROZENTE

Haben Listenverbindungen ausgedient?

Eine Listenverbindung ist ein Zusammenschluss von zwei oder mehr Parteilisten (Wahlkarte einer Partei). Die Parteien haben zwar immer noch eigene Wahllisten, bei der Sitzverteilung werden sie aber in einem ersten Schritt als eine einzige Wahlliste betrachtet. Dank Listenverbindungen verlieren kleinere Parteien weniger Reststimmen und ergattern tendenziell mehr Sitze.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Mit sage und schreibe 44 Listen hatte der Zürcher Wähler bei den vergangenen Eidgenössischen Wahlen so seine liebe Mühe, die richtige zu finden. Komplizierter machten dies noch die Listenverbindungen. Der Wähler muss dann mühsam schauen, welche Partei noch mit welcher verbunden ist. Direkte Demokratie ist etwas Schönes. Nur sollte sie auch einfach und erklärbar sein.

Zahlreiche Systeme im internationalen Vergleich

Immer wieder wird gesagt, Listenverbindungen seien notwendig für kleine Parteien, um überhaupt zu überleben. Demgegenüber ist zu sagen, dass andere Staaten so etwas gar nicht kennen. Dort tritt man direkt als Bündnis bei den Wahlen an, und das ist dann sehr effizient und glasklar, Frankreich und vor allem Italien sind solche Beispiele. Daneben gibt es auch extreme Majorzsysteme wie in Grossbritannien oder in den USA. Diese Systeme sind kaum schlechter als jene mit Listenverbindungen. Sie sind aber total unschweizerisch.

In Deutschland und in Österreich sucht man dann die sogenannte Kanzlermehrheit nach den Wahlen. Man versucht da, politische Zweisamkeiten auszuloten. Vielfach ist dabei für eine Par-

tei jedoch nur der politische Machterhalt die Richtschnur. Damit das politische System nicht zersplittert wird, hat man eine Prozenzhürde eingeführt.

Dass Listenverbindungen zunehmend als ein Hindernis betrachtet werden, meint auch die Aargauer Zeitung: «Ihre Wirkung ist für die Wählerschaft kaum durchschaubar. Sie reduzieren Politik auf Prozentgeschacher und Parteien – die eine wichtige Funktion haben – auf prinzipienlose Machtkonstrukte. Das fördert die Politikverdrossenheit.» Die GLP wird kritisiert, da ihre Allianzen «kaum Sinn» machten.

SVP und FDP für Abschaffung

FDP-Präsident Thierry Burkart hat bereits Mitte Jahr signalisiert, dass er dafür ist, Listenverbindungen abzuschaffen. SVP und FDP scheiterten mit diesem Vorschlag bereits 2011 im Parlament. Die SVP-Delegierten folgten letztes Wochenende der Empfehlung des Parteivorstandes und erteilten der Bundeshausfraktion der SVP mit 259 zu 66 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Auftrag, sich in Bern für ein Verbot von Listenverbindungen bei Nationalratswahlen einzusetzen. Damit soll der Wildwuchs von Listen und Unterlisten beschränkt und Wahlen und Wählen transparent und unkompliziert werden.

Abtruser doppelter Pukelsheim

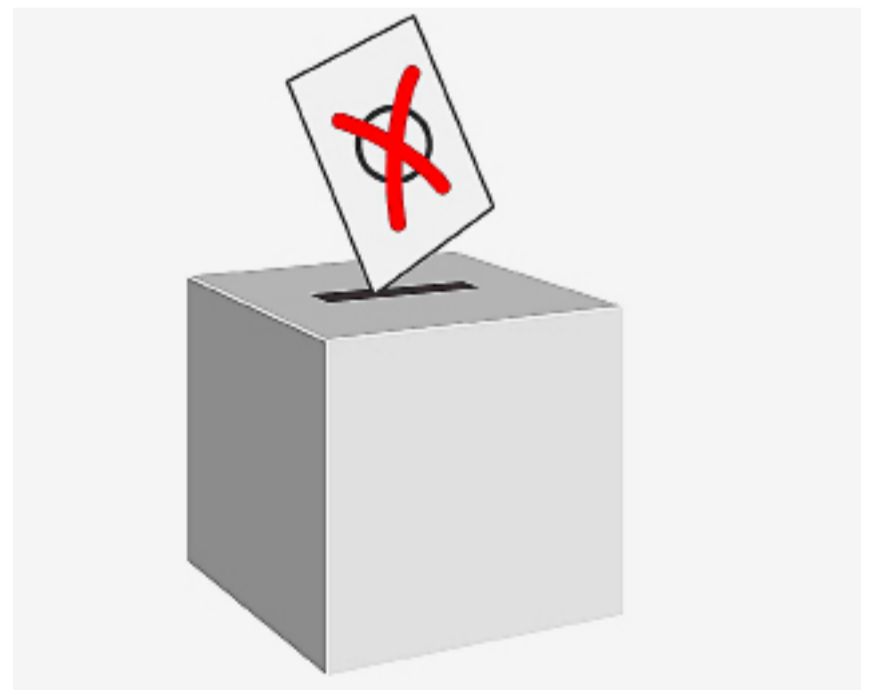
Kleine Parteien wie etwa die EVP haben bereits mehrfach versucht, die Gesetzgebung über die Nationalratswahlen dahingehend zu ändern, dass die Nationalratssitze mittels der doppelpropor-

tionalen Divisormethode mit Standardrundung, bekannt als doppelter Pukelsheim, zugeteilt werden. Damit werden zwar mehrere Listen pro Gruppierung resp. Partei in einem Kanton sowie Listenverbindungen hinfällig. Mittels einer «Majorzbedingung» soll dann sichergestellt werden, dass in jedem Kanton die grösste Partei mindestens einen Sitz erhält. Der doppelte Pukelsheim wäre damit für die Abschaffung der Listenverbindung jedoch keineswegs eine Alternative. Er würde schlicht und einfach den Föderalismus aushebeln, ja

sogar zerstören. Die Abschaffung von Listenverbindungen würde auch dazu führen, dass man nicht für jedes Problemchen eine Partei gründet. In grossen Volksparteien haben viele Meinungen eine Heimat.

Die Themen werden ab und zu diskutiert. Dazu hat etwa die SVP ein wichtiges Parteiprogramm, das gilt. Andere Parteien sind hier viel flexibler, etwa die GLP, die sich wirtschaftsfreundlich gibt, aber dann für den gesetzlichen Mindestlohn und Steuerverschärfungen eintritt.

Ein Verbot von Listenverbindungen würde die Parteien dazu zwingen, vor den Wahlen wirklich zu sagen, was sie wollen. Das kann der Demokratie eigentlich nur guttun.



Listenverbindungen können den Wählerwillen verfälschen. Die SVP möchte sie deshalb abschaffen.

Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

AUS DEM KANTONS RAT

Verborgene linke Signale: Rechtzeitige Demaskierung ist zentral

Hinter der umstrittenen Bestätigung des Unirates verbarg sich ein Trend: Gerade die linken Werthaltungen in einem praktischen Entscheid (Gebührenerhöhung von Uni-Parkplätzen) verbergen ein weitreichendes Paradigma mit Einfluss auf die Arbeit an Hochschulen: Solche verborgenen Signale gilt es frühzeitig zu erkennen.



Bernhard im Oberdorf
Kantonratsrat SVP
Zürich

Es war fast schon eine feierliche Atmosphäre bei der Genehmigung des Jahresberichtes der Universität und der Fachhochschulen, wenn auch nicht ganz so wie an einem Dies Academicus der Universität oder einem Hochschultag einer Fachhochschule: Die Voten zu den Rechenschaftsberichten waren denn auch sehr sachlich.

Linker Trend hinter den Kulissen

Als Fraktionssprecher für die SVP beim Bericht über die Fachhochschulen war es an Tobias Infortuna, den breiten Bericht sachlich zu würdigen. Die verschiedenen Hochschulen sind dieses Jahr in einem Bericht zusammengefasst.

Demgegenüber störte der Schreibende den Burgfrieden, indem er sich kri-

tisch mit dem auseinandersetzte, was im Rechenschaftsbericht der Universität nicht erwähnt wurde, wohl aber im Zürcher Gemeinderat mit einer Interpellation und einer Motion zum Politikum wurde: Es ging um den symptomatischen Entscheid der Universitätsleitung, die Gebühren an den Parkplätzen der Universität, oberirdische Plätze wie auch solche im Parkhaus der Universität Irchel, auf einen Schlag um 70 bis 150 Prozent zu erhöhen.

Dies mit Begründungen, die dem linken Imperativ folgten und auch vom rotgrünen Zürcher Stadtrat stammen könnten: Man will den ÖV «a tout prix» fördern. Das ist nicht nur eine Zumutung für die Anwohner, da für Veloschnellrouten viele Parkplätze in der blauen Zone gestrichen werden sollen und sie auf die teuren freien Plätze im Uni-Parkhaus verwiesen wurden. Es ist auch eine Anmassung gegenüber den vielen Mitarbeitern der Uni, die auf das Auto angewiesen sind, weil sie auch nachts, beispielsweise in Laboratorien, arbeiten müssen.

Neutralität der Hochschulen nicht gewährleistet

Aber auch wissenschaftspolitisch ist es fragwürdig, wenn eine Universitätsleitung, die in ihren wissenschaftlichen Ansprüchen die Werturteilsfreiheit hochhält, selber dem Imperativ der Wertneutralität zuwiderhandelt, indem sie nicht sachliche, sondern rotgrüne politische Gründe für die Tarifierhöhung anführt.

Das ist so etwas wie eine Abkehr von den Idealen einer anerkannten Wissenschaftlichkeit auf der Basis des «Kritischen Rationalismus» und mutet an wie eine Hinwendung zu den linken Vordenkern der 1968er-Jahre. Weg von Karl Popper und hin zu Theodor Adorno,

dem Begründer der «Kritischen Theorie» mit der «Frankfurter Schule». So würde der alte Kulturkampf des «Werturteilsstreites» in den Wissenschaften wieder aufgenommen. Würde sich die Unileitung gar zu einem wissenschaftlichen Anarchisten wie Paul Feyerabend bekennen, nach dem es keine Regeln für wissenschaftliches Arbeiten gibt, dann wäre in der Tat der Feierabend angebrochen.

Zentrale Bedeutung des Unirates

Dem Unirat als oberstem Gremium der Universität, das Berufungen absegnet, kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Bestätigung des Unirates war aber umstritten, da von der Linken – SP und Grüne, mit der GLP im Schlepptau – ein Rückweisungsantrag eingebracht wurde, da sich die Linke daran stiess, dass zwei vorgeschlagene Persönlichkeiten schon über 70 Jahre alt waren.

Marc Bochsler brachte in seinem Votum klar die pragmatische Haltung der SVP zum Ausdruck: «Wir können verstehen, warum die Regierung in Ausnahmefällen auf erfahrene Mitglieder zurückgegriffen hat, die das 70. Lebensjahr überschritten haben. Wir erachten eine Altersbeschränkung als nicht zielführend, da unsere Gesellschaft immer älter wird und es somit klar und verständlich ist, dass ältere Personen mit grosser Lebens- und Berufserfahrung Einsitz nehmen können und sollen.»

Hinter einer solchen Position fand sich – mit Nuancen – eine Mehrheit des Kantonsrates zusammen und die vorgeschlagenen Mitglieder des Unirates wurden bestätigt. Damit war auch sichergestellt, dass weiterhin die Weisheit der Erfahrenen regiert und allfälligen Avancen der Linken in Richtung einer neuen Wissenschaftlichkeit mit Linksdrahl eine Absage erteilt wurde.



Die Linke wollte zwei Mitglieder des Zürcher Unirates verhindern, weil sie älter als 70 Jahre sind. Bild: Wikipedia

WORTE DES 2. VIZEPRÄSIDENTEN DES KANTONS RATES ZÜRICH

Fatale linksgrüne Politik schadet der Schweiz

Wir werden in diesen Zeiten vor Problemen gestellt, die in den letzten Jahren kein Thema mehr waren. Gleichzeitig treten viele Tatsachen ein, von denen die SVP jahrelang warnte.

Täglich spüren wir die Auswirkungen der linksgrünen Politik am eigenen Leib. Die Schweiz hatte vor gut 30 Jahren noch 6,5 Mio. Einwohner, Stromknappheit war ein Fremdwort, Vegetarisch-Essen wurde nicht fundamentalistisch und dogmatisch zelebriert. Heute stellen die Preisanstiege vieler Rohstoffe und Güter die Wirtschaft, das Gewerbe und viele Haushalte vor teils existenzielle Probleme.

Die links-grüne Politik hat Zustände geschaffen, welche unsere Schweiz, unseren Erfolg und den Wohlstand nicht nur gefährden, sondern aktiv demolieren.

Sämtliche Prognosen und Versprechen von Linksgrün in der Integrations- sowie Energiepolitik haben sich vollumfänglich in Luft aufgelöst. Dies wird uns veranschaulicht bei unserem Nachbarn Deutschland. Mit dem Stilllegen der letzten eigenen AKW sind sie grösstenteils abhängig von Rohstoffen (und AKW!) aus dem Ausland geworden, um ihren täglich benötigten Energiebedarf zu decken. Dort wie nun auch in der Schweiz soll die Gewinnung des Stroms für die Grundlast mit teuren Anlagen erzeugt werden, die eigentliche CO₂-Schleudern sind. Gleichzeitig will man den Hauseigentümern die Heizung verbieten, weil diese zu viel CO₂ verursachen soll.

Das Heizsystem aller Hauseigentümer müsse auf Wärmepumpen umgestellt werden, welche noch mehr Strombedarf zur Folge haben.

Wir wollen diese Abwärtsspirale auf keinen Fall für die Schweiz. Die Bevölkerung wurde oft genug belogen und betrogen von den Luftschlössern und skurrilen unfundierten Ideen von Linksgrün. Die Energiepreise sind erneut auf einem Rekordniveau und machen den Handwerkern, Unternehmern und schlussendlich dem Endkonsumenten und somit den Familien das Leben schwer. Die masslose Einwanderung in unser kleines Land führt weiter zu riesigen Problemen in den Schulen, beim Verkehr, bei den Sozialkosten und bei der Kriminalität.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht kilometerlanger Stau auf unseren Strassen herrscht. Das Wort Hochleistungsstrasse ist dank linksgrünem Sprachdiktat unwürdig geworden, die Kantonsstrassen werden verschmälert und das Tempo reduziert.

Der ÖV ist voll und durch die misslungene Verkehrspolitik zusätzlich ein Stauverursacher. Der Ausbau von Verkehrsflächen, Parkraum und neuen Strassen ist tabu, obwohl sie dringend nötig wären.

Der Krieg in der Ukraine dauert seit über anderthalb Jahren an und seit Anfang Oktober teilen sich nun schon zwei Kriege die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Ginge es nach den Linken und Grünen hätten wir heute keine Armee mehr. Die Schweiz wäre

nicht mehr in der Lage, sich zu verteidigen.

Aber gerade der bewaffneten und umfassenden, d.h. integralen Neutralität ist vieles zu verdanken. Dieses Instrument bewahrte die Schweiz davor, in Kriege und internationale Konflikte hineingezogen zu werden. Seit über 200 Jahren sichert die Neutralität unseren Frieden, nach innen und nach aussen. Die Neutralität ist in unserer Bundesverfassung verankert und eine einzigartige Errungenschaft. Die Schweiz muss eigenständig bleiben und darf nicht vom Ausland abhängig sein.

Bei all diesen Herausforderungen steht für die SVP des Kantons Zürich das Wohl unseres Kantons und der Schweiz stets im Vordergrund. Nun gilt es, entschlossen vorwärtszuschauen und auch aus den zurückliegenden eidgenössischen Wahlen die richtigen Lehren für die Zukunft mitzunehmen. Die SVP ist weiterhin die wählerstärkste Partei im Kanton. Wir nehmen diesen Auftrag der Wählerschaft an und setzen uns weiterhin mit voller Kraft für die Grundwerte unserer Partei ein!



von
Jürg Sulser

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Man schenkt sich nichts bei den Wahlen



Lorenz Habicher
Kantonratsrat SVP
Zürich Kreis 9

Manchmal weiss unser SVP-Fraktionspräsident Martin Hübscher schon beim ersten Blick auf die Traktandenliste, welches Geschäft und somit «WER» für den Kommentar zur Sitzung infrage kommt. Nicht an diesem Novembermorgen, denn zur Debatte standen nur Wahlen und die Jahresberichte von Universität Zürich und Zürcher Fachhochschulen. Auch die Fraktionserklärung von AL, SP und Grünen vor der Kaffee-Pause, das wöchentliche Ritual der politischen Prügel für den Sicherheitsvorsteher, mochte nicht wirklich zu begeistern.

Also was sollte hier kommentiert werden? Nun, eine Erwähnung wert sind sicher die gemäss Kantonsratsgesetz §125 «geheimen Richterwahlen».

Sie können sich das wie folgt vorstellen: Die Ratspräsidentin läutet und verkündet danach: «Die Türen sind zu schliessen» – «Die Anwesenden zu zählen», was einer Präsenzkontrolle entspricht, und «Es herrscht ein Foto und Filmverbot!» Sind die Wahlzettel einmal verteilt, können diese unverändert oder auch geändert von Stimmzählern eingesammelt und das Ergebnis ermittelt werden. Während dieser Zeit bleiben die Türen verschlossen, es können aber andere Traktanden (ohne Abstimmungen) beraten werden. Was einfach klingt, ist so einfach nicht!

An diesem Morgen konnte einmal die Präsenz nicht korrekt ermittelt werden, ein anderes Mal wurden mehr Wahlzettel als ermittelt verteilt und eingesammelt und abschliessend stand auch die Präsidentin des Stimmbüros noch draussen vor verschlossenen Türen. Wäre es nicht so peinlich, dann wäre eine gewisse Komik klar erkennbar.

Was der SVP-Fraktion mehr zu denken geben muss, sind die Wahlergebnisse ihrer Vorschläge! Es sind ja keine Kampfwahlen für diese Richterstellen, denn die Interfraktionelle Kommission (IFK) hat dem Kantonsrat einen einstimmigen Vorschlag, gemäss Proporz, vorgelegt. Nein – es ist das Wahlverhalten der Jusos und anderer Radikaler im Rat von der «Einstimmigkeit einer IFK» weit abweicht. Im Endeffekt zeigt sich das Ergebnis dieser Wahlen einfach so, dass auch SVP-Richter deutlich gewählt werden, aber die tiefsten Stimmzahlen erreichen.

An dieser Stelle können wir Maya Knüsel (SVP, Zürich), Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich) und Philipp Klaus (SVP, Adliswil) ganz herzlich zur Wahl ans Obergericht gratulieren! Und genau wie im Zürcher Kantonsrat braucht es auch am 19. November, im 2. Wahlgang für den Ständerat, eine klare und konsequente Unterstützung für unseren SVP-Nationalrat Gregor Rutz, denn von linksgrün bis hin zur Mitte werden keine Wahlgeschenke verteilt!



Maya Knüsel (SVP, Zürich), Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich) und Philipp Klaus (SVP, Adliswil) wurden neu ans Obergericht gewählt. Bild: Wikipedia

Einladung zum
Polit-Lunch



Windmonster

Was bringen sie – Was verwüsten sie
Gibt es Alternativen?

Referentin

Therese Schläpfer, Nationalrätin

Ehemalige Gemeindepräsidentin Hagenbuch



WANN:
Mittwoch,
29. November 2023
11.45 bis 14.00 Uhr

PROGRAMM:
11.45 Uhr Apéro
12.00 Uhr Mittagessen
13.00 Uhr Referat
13.30 Uhr Diskussion
14.00 Uhr Ende

WO:
Hotel Restaurant Sonnentel
Zürichstrasse 96
8600 Dübendorf

KOSTEN:
Fr. 30.– pro Person (zahlbar vor Ort)
Apéro, 2-Gang-Menu
Getränke zum Mittagessen sind nicht inbegriffen

Parkmöglichkeit: Genügend Parkplätze vor dem Restaurant.
ÖV: Ab Bahnhof Stettbach Busse 744 / 752 oder 754.

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Freitag, 24. November 2023
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder vegetarisch)

An: liobi@schweizerzeit.ch
Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, Tel: 052 301 31 00

Alle sind herzlich willkommen!
Ihre SVP des Kantons Zürich

Der Polit-Lunch wird im Auftrag der SVP des Kantons Zürich von der Schweizerzeit organisiert.
SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66

SVP BÜLACH

SVP-Herbstfest des Bezirks Bülach – nach den Wahlen ist vor den Wahlen



Verdiente Verdankung: AKR Matthias Hauser, KR Christian Pfaller und Ralph Weber, Sektionspräsident der SVP Embrach (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

Unser Ständeratskandidat Gregor Rutz liess es sich nicht nehmen, am Herbstfest des Bezirks Bülach persönlich die SVP-Mitglieder und -Sympathisanten aufzufordern, am 19. November erneut an die Urne zu gehen und natürlich einmal mehr das ganze Umfeld zu aktivieren. Nur so können wir sicherstellen, dass der Stand Zürich in Bern auch tat-

sächlich ausgewogen vertreten wird. Das Herbstfest ist eines der jährlichen Highlights des Bezirks. Auch dieses Jahr war der Anlass wiederum perfekt organisiert – diesmal von der Sektion Embrach. Weit über 100 Mitglieder waren dabei, als unser Bezirkspräsident, Christian Pfaller, den grossen Einsatz der Mitglieder bei den Wahlen verdankte. Im-

merhin hat der Bezirk Bülach eine der höchsten SVP-Wähleranteile im ganzen Kanton und konnte diesen sogar noch steigern.

Matthias Hauser, der bisherige Präsident, wurde nun offiziell verabschiedet. Ihm gebührt ein grosses Dankeschön für seinen langjährigen Einsatz für die SVP und den Bezirk. Die Gäste wurden aber nicht nur kulinarisch verwöhnt, sie kamen auch in den Genuss eines besonderen Live-Acts. Bei «The Human Jukebox» konnten die Gäste Liederbestellungen aufgeben, die dann live performt wurden. Vom Schacher Seppli bis zu TNT, von ABBA bis Schlager war alles dabei, was die SVP-Mitglieder zum Mitsingen und Tanzen anregte. Das obligate Lotto durfte natürlich nicht fehlen. Schön war's.

Romaine Rogenmoser,
Kantonsrätin SVP,
Bülach

SVP BONSTETTEN

Der Vorstand der SVP Bonstetten zu Besuch im Haus der Freiheit



Der Vorstand der SVP Bonstetten zusammen mit SR Esther Friedli und Toni Brunner.

Bild: ZVG

Als Ausflugsziel für dieses Jahr hatten wir einen Besuch bei Toni Brunner und Esther Friedli ausgewählt. Letzten Freitag fuhren wir mit einem Bus Richtung Ebnat Kappel los. Die Stimmung war während der Fahrt sehr ausgelassen.

Toni hat uns sehr herzlich empfangen. Bis zum Zimmerbezug hatten wir genügend Zeit, um einen feinen Apéro zu geniessen. Die Zeit verging so schnell, dass schon bald das Abendessen vor der Tür stand. Das freundliche Perso-

nal bediente uns rasch und mit viel Humor. Knapp vor dem Dessert erschien ein Überraschungsgast: Hausi Leutenegger! Er erzählte ein wenig aus seinem Leben. Seine Anekdoten wurden mit viel Lachen und Applaus quittiert. Er hatte so Freude an uns, dass er versprach, uns einzuladen, sobald Esther Friedli als Bunderätin gewählt wird. Unsere Vizepräsidentin Silvia Frech, die diesen Ausflug vorgeschlagen und organisiert hatte, hielt diese Aussage in einem Notizbuch fest. Nach einer kurzen Nacht haben wir uns beim Frühstücksbuffet von Toni verabschiedet und die Heimreise angetreten. Danke, Toni und Esther, für eure Gastfreundschaft.

Vorstand SVP Bonstetten

SVP KÜSNACHT

Standaktion trotz grosser Kälte

Bei der Standaktion am Samstag im Zentrum von Küsnacht konnten noch viele Stimmen für unseren Ständeratskandidaten Gregor Rutz gewonnen werden. Bei kalten Temperaturen freuten sich die Passanten über die Biberli und Nastücher und konnten für die Wahl animiert werden. Es braucht eine ausgewogene Vertretung der Stände in Bern!



Vorstand SVP Küsnacht

Sie trotzten der Kälte: Vize-Sektionspräsident Christian Jäger, NR Nina Fehr Düsel und Sektionspräsident Nicolas Bandle (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

Offene Stelle als Bezirksrichter am Bezirksgericht Dietikon (100%)

Aufgrund der Wahl des bisherigen Bezirksrichters Benedikt Hofmann ans Obergericht, hat die SVP des Bezirk Dietikon die Möglichkeit, die Stelle neu zu besetzen. Interessierte Kandidaten können bis zum 30. November ihre Kandidatur mittels Bewerbungsschreiben und Lebenslauf einreichen.

Schicken Sie die Unterlagen hierzu bitte an folgende Adresse: praesidium@svp-bezirk-dietikon.ch

www.svp-bezirk-dietikon.ch

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WETZIKON VOM 8. NOVEMBER 2023

Einreichung der kommunalen Volksinitiative «Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten»



Übergabe der Volksinitiative: Martina Buri, Stefan Lenz, Pascal Bassu, Rolf Müri, Zeno Schärer, Markus Rebsamen, Domingo Zängerle und Roman Auer (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

Die SVP Wetzikon freute sich, heute die kommunale Volksinitiative «Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten» beim Stadtrat einreichen zu dürfen. Bei der Übergabe der Initiative waren neben Vertretern des Initiativkomitees auch der Stadtpräsident sowie die Stadtschreiberin von Wetzikon anwesend. Sollten jemals Windkraftanlagen auf Wetziker Gemeindegebiet erstellt werden, so wie es die Baudirektion des Kantons Zürich derzeit plant, fordert die Initiative einen Mindestabstand solcher Anlagen von 1000 Metern zu den nächstliegenden Siedlungsgebieten. Wetzikon ist die erste Parlamentsgemeinde im Kanton Zürich, in welcher eine Volksinitiative zu diesem Thema lanciert und erfolgreich eingereicht wird. Innert weniger als zwei Monaten seit Beginn der Unterschriftensammlung haben über 600 Wetziker Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Volksini-

tiative mit ihrer Unterschrift unterstützt. 500 Unterschriften sind das gesetzliche Minimum. Die Sammelfrist wurde bei Weitem nicht ausgeschöpft. Das Initiativkomitee freut sich über diesen grossen Erfolg und dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Wir sehen uns darin bestätigt, ein Thema aufzugreifen, das der Bevölkerung offensichtlich unter den Nägeln brennt. Der Stadtrat wird zunächst innert drei Monaten feststellen, ob die Initiative zustande gekommen ist, das heisst, ob genügend gültige Unterschriften vorliegen. Innert sechs Monaten nach Einreichung der Initiative prüft der Stadtrat die Gültigkeit der Initiative. Er könnte auch einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Im Anschluss behandelt das Parlament die Initiative. Schliesslich entscheidet der Wetziker Souverän in einer Volksabstimmung über die Annahme der Initiative.

SVP SEKTION HINWIL

Parteihöck im Zeichen der Ständeratswahlen

Am 2. November 2023 fand der erste Parteihöck der Sektion Hinwil statt. Es freute mich besonders, dass neben unseren Sektionsmitgliedern viele Sympathisanten den Weg ins Giirebeizli gefunden haben. Ausser über den zweiten Wahlgang von Gregor Rutz wurde vor allem über die geplanten Windkraftanlagen und die Flüchtlingswelle gesprochen. Herzlichen Dank an Rosmarie und Paul Bieri für die Gastfreundschaft und Bewirtung. Ein herzliches Dankeschön geht an Christa Egli (Inhaberin Chäsi Girenbad), welche uns die Käseplatten offerierte.



Grossartige Unterstützung für den Ständeratskandidaten Gregor Rutz.

Bild: ZVG

Vorstand der Sektion Hinwil

Adventsabend

SVP Bezirk Meilen

Freitag, 1. Dezember 2023

Festsaal Haus Wackerling
Tramstrasse 55, 8707 Uetikon am See

Ehregast
Marcel Dettling
Nationalrat und Wahlkampfleiter 2023

Programm

18.00 Uhr	Apéro
19.00 Uhr	Gemütliches Abendessen
Tenue	sportlich-elegant
Preis	Fr. 90.00 / Person (alles inklusive) Fr. 50.00 / Mitglieder JSVP (bis 25 Jahre)

Anmeldung unter Angabe der Namen und durch Einzahlung bis spätestens 26. November 2023 auf:
IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0 oder Postcheck-Konto 80-52149-0.
Die Anmeldungen werden nach Zahlungsbeitrag berücksichtigt.

Wir freuen uns mit Ihnen die Adventszeit einzuläuten. Geniessen Sie einen wunderbaren Abend im Festsaal des Hauses Wackerling mit interessanten Gesprächen im geselligen Rahmen.

Den Sponsoren, welchen diesen Anlass möglich machen, danken wir herzlich!

Beste Grüsse
SVP Bezirk Meilen
Dubravko Sinovcic, Präsident

DER WOLF KOMMT IM SCHAFSPELZ

Mantelerlass – einseitig und verfassungswidrig

Die eidgenössischen Räte haben kurz vor den Wahlen den sogenannten «Mantelerlass» verabschiedet. Dagegen wurde jetzt das Referendum ergriffen.



Der Mantelerlass lockert den Schutz der Wälder.

Bild: pxhere.com



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Der Mantelerlass bildet eine Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes. Er kommt elegant, aber verführerisch, mit dem Titel «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» daher. Sein Inhalt ist aber zu hinterfragen. Er ist ausgesprochen unausgeglich und regelt die Stromversorgung weitgehend ohne Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes und vor allem auch des Waldes und seiner vielfältigen Funktionen. Der sogenannte Mantelerlass erweist sich bei näherer Analyse als eigentliche Täuschung. Teile der SVP-Fraktion erkannten dies und lehnten das Gesetz ab. Sie unterlagen jedoch.

Selbst für Juristen schwer verständlich

Das Gesetz ist ein bürokratisches Monstrum. Der Schreibende hat als Jurist mit jahrelanger Erfahrung Verständnismühe. Die erklärende Botschaft «besteht» durch ihre Schwerfälligkeit und Länge. Sie umfasst 146 Seiten Kleingedrucktes. Entscheidendes wird an Bundesrat und Verwaltung delegiert. Eine ausgewogene Interessenabwägung fehlt. Die Grundrechte unterliegen fast konstant. Den rechtlichen Aspekten wer-

den in der Botschaft nur knappe zwei Seiten gewidmet. Ohne nähere Begründung wird behauptet, die Eigentums-garantie und die Wirtschaftsfreiheit würden gewahrt. Dies gelte auch für die Rechtsgleichheit. Mit keinem Wort werden die Verfassungsbestimmungen, die sich mit dem Landschaftsschutz, dem Menschenschutz und dem Tierschutz befassen, erwähnt. Dass es Aufgabe der Bundesbehörden bildet, die Menschen vor schädlichen und lästigen Einwirkungen zu schützen, wird vollständig ausser Acht gelassen.

Alles wird der Energieversorgung untergeordnet. Diese wird jedoch nicht gesamthaft betrachtet. Es geht nur um die erneuerbaren Energien. Eine dringend gebotene wirkliche Abwägung aller Interessen fehlt. Nicht zu Unrecht hat der angesehene Staatsrechts-professor Alain Griffel von der Universität Zürich den Mantelerlass als verfassungswidrig bezeichnet.

Gesetzesänderungen durch die Hintertüre

Besonders bedenklich erscheint, dass versteckt hinten im Mantelerlass andere Gesetze geändert wurden. So das Raumplanungsgesetz und das Waldgesetz. Besonders die Änderung von Art. 5a des Waldgesetzes vom 4. Oktober 1991 mit dem Marginal «Windenergieanlagen» hat sehr einschneidende Auswirkungen. So gelten Windenergieanlagen und ihre Erschliessungswege – besser und ehrlicher wäre es gewesen, von Strassen zu sprechen – mit wenigen Ausnahmen zum vorneherein als stand-

ortgebunden. Ihrer Bewilligung steht kaum etwas entgegen. Sie und die breiten Zufahrtsstrassen können deshalb ohne grosse Hürden mitten im Wald gebaut werden. Dies ungeachtet von Art. 77 der Bundesverfassung; dort ist fest verankert, dass der Bund dafür zu sorgen hat, dass der Wald seine Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktionen erfüllt. Der Mantelerlass ermöglicht aber das Gegenteil!

Der Wald wird geopfert

Der Wald kann damit der Stromversorgung geopfert werden, ohne dass die geringe Effizienz der Windenergieanlagen in die Interessenabwägung mit einbezogen werden muss. Die Botschaft behauptet sodann, die Eigentums-garantie werde gewahrt. Waldeigentümer sind aber oft Private und Korporationen. Dieses Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit, wessen Geistes Kind der sogenannte Mantelerlass ist.

Dazu kommen die gewaltigen finanziellen Auswirkungen. In der Botschaft zum Gesetz wird der global zu erwartende Betrag nicht genannt. Auch hier ein «Versteckspiel». Klar ist, dass der Steuerzahler und die Energiekonsumenten die Sache schlussendlich berappen müssen.

Es ist aus allen angeführten Gründen zu begrüssen, dass ein Komitee um Dr. oec. Pierre-Alain Bruchez das Referendum gegen den sogenannten Mantelerlass ergriffen hat.

Referendumsbögen können per Mail angefordert werden bei «pabruchez@yahoo.com».

SPRACHPOLIZEI AUF ABWEGEN

Wortbedeutung



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Nachdem er einen ausgezeichneten Wahlkampf geführt hatte, wurde der Landwirt und sechsfache Familienvater Thomas Stettler zum jurassischen Nationalrat gewählt. Sogleich hauchten die Westschweizer Medien den SVP-Politiker in die Pfanne, weil er etwas sagte, das die Gutmenschen-Journalisten in helle Aufregung versetzt hat.

Der neugewählte Nationalrat Thomas Stettler verteidigte nämlich in der Politsendung «Infrarouge» seine Partei gegen Angriffe: Die SVP sei – so soll er gesagt haben – «nicht rassistisch, aber vielleicht xenophob». Er erklärte die Bedeutung des griechischen Wortes: Es handle sich nicht um eine Krankheit, sondern um «eine Art Phobie», das heisst Angst, die man nicht heilen könne. Der Aufschrei war gross, leider sogar auch von Parteikollegen.

Dabei ist Thomas Stettler zwar kein Studierter, aber ein Gescheiter. Im Gegensatz zu seinen Kritikern hat er das griechische Wort «Xenophobie» völlig richtig erklärt. Es lässt sich nur mit dem Wort «Furcht vor Fremden» übersetzen. Wer es als «Fremdenhass» interpretiert, hat entweder keine Ahnung vom Griechischen oder er verfolgt eine politische Agenda. Stettler steht auch im völligen Einklang mit der Wissenschaft, die erklärt: «Bei Xenophobia handelt es sich nicht um eine psychische Krankheit, die behandelt werden könnte.»

In der Verhaltensbiologie wird der Begriff als Fremdenscheu vor Personen oder Personengruppen erklärt, «der nicht den Fremdenhass einschliesst, dem eine tiefe Emotionalität zugrunde liegt».

Die Fremdenscheu ist vielmehr eine Eigenschaft des Menschen aus stammesgeschichtlicher Zeit, eine Überlebens- und Verhaltensstrategie der kritischen Aufmerksamkeit gegenüber Fremden, um sich bei bedrohlichen Anzeichen sofort zurückzuziehen und zu verteidigen.



SVP-Nationalrat Thomas Stettler

Bild: SVP

ALBIGÜETLI-TAGUNG 2024

Planung auf Kurs

Jedes Jahr findet im Zürcher Albisgüetli die traditionelle Albisgüetli-Tagung der SVP Kanton Zürich statt. Die grösste politische Veranstaltung der Schweiz zieht jeweils über 1000 Gäste an. Eminenten Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft geben sich die Klinke in die Hand und die Reden sorgen jeweils für nationale Schlagzeilen.

Auch an der nächsten Albisgüetli-Tagung vom 19. Januar 2024 steht die Rede von alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher im Mittelpunkt.

Selbstverständlich, dass ein solcher Anlass einen ordentlichen Organisationsaufwand bedeutet. Letzte Woche hat sich das Organisationskomitee der Albisgüetli-Tagung 2024 im wunderschönen Gasthaus Albisgüetli getroffen, um die Planung des Traditionsanlasses zu

besprechen. Dabei wurden noch einmal alle Details des Grossanlasses durchgeackert und die neuen OK-Mitglieder Nicole Ward, Yves Helfenberger und Sabina Hostettler gewählt. Die Organisation ist auf Kurs und das Zelt bereits bestellt.

An diesem Abend durften die OK-Mitglieder nicht nur über die Details des Grossanlasses brüten, sondern auch den schönen Seiten des Lebens frönen. Im eleganten und modernen Ambiente des Gasthauses galt es, das Essen und den Wein zu degustieren. Schon jetzt lässt sich sagen: Das OK hat diese Aufgabe mit Bravour gemeistert! Den Gästen der Albisgüetli-Tagung ist exzellente Verpflegung garantiert. Doch auch für die Freunde des edlen Tropfens ist gesorgt: Auch nächstes Jahr wird die Junge SVP nach der Albisgüetli-Tagung die Après-Bar führen, diesmal im einladenden Restaurant vom Albisgüetli. Die Einladungen für den Anlass werden Sie demnächst in Ihrem Mail-Konto vorfinden! Die Platzzahl ist beschränkt.

Alexandra Pfister,
OK-Präsidentin Albisgüetli-Tagung



Die OK-Präsidentin der Albisgüetli-Tagung Alexandra Pfister.

Bild: ZVG

Die Einladung für die Albisgüetli-Tagung erhalten Sie dieses Jahr per Mail. Personen, die zusammensitzen möchten, sind gebeten, eine gemeinsame Einzahlung zu tätigen. Die Teilnehmer erhalten nach der Einzahlung Plätze für die Tagung. Über die Platzzuteilung wird keine Korrespondenz geführt.



36. Albisgüetli-Tagung Melden Sie sich an! Infos:

Möchten Sie die Albisgüetli-Tagung finanziell unterstützen?
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Vielen Dank für Ihren Beitrag!



Alles drängt ins Bundeshaus

Im Bundeshaus stehn Wahlen an
und gar viele Menschen möchten ran,
all die Listen mit den vielen
Namen
sprengen wirklich fast den Rahmen.
Ich hab Namen und Beruf studiert,
wer da ins Bundeshaus marschiert.
Vermutlich später für die Renten
sind viele Kandidaten noch
Studenten,
die sieht man, wenn keine Session,
dann wohl an jeder Demonstration
und fröhlich gehn die Listen weiter,
mit Therapeuten und Sozialarbeiter.
Hebammen, Bestatter und auch
Polizisten,
füllen all die tollen Listen,
selbst Aktivisten und auch Innen
findet man da drinnen.
Auch voll dabei ist die Kultur
und viele Schützer der Natur.
Fürbitterin und Gesprächstherapeuten
empfehlen sich den Leuten.
Ein Rechtsvertreter für Asylanten,
vielleicht auch noch für Rotlicht-
tanten.
Auch für viele Lehrpersonen
würde Bern sich scheinbar lohnen.
Nach Bern will auch ein Klassen-
assistent,
ein Beruf den wohl keiner kennt,
ein Arbeitssuchender ist auch
dabei,
er hätte Zeit und wär grad frei.
Selbst eine Heilpflanzenfrau,
mischt noch mit in dieser Schau.
Für die stürmische Bundeshausfahrt
interessiert sich auch ein Boots-
fachwart.
Auch eine selbstständige Tagesmutter
wünscht sich die Fahrt im Bundes-
hauskutter.
Eine studierte Kunsttherapeutin,
die hat wohl das Gleiche im Sinn.
Selbst eine Frau, die Trommeln baut,
nach Bern ins Bundeshaus sich traut.
Auch all die vielen Senioren,
fühlen sich wie neu geboren,
um das Vaterland zu retten
aus der Umarmung all der Netten.
Auf den Listen die skurrilen Wesen
sorgen wirklich dann beim Lesen
mit den Angaben zur Person
einfach nur für Spott und Hohn.

Ruedi Gysi

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Geld und Vernunft spielen keine Rolle

Der Zürcher Gemeinderat bietet Anschauungsunterricht, wie Politik bei linksgrünen Mehrheiten aussieht. Das Geld wird mit beiden Händen für teils absurde Projekte ausgegeben. Zum Glück scheiterte die GLP, die mittlerweile eine linksgrüne Partei geworden ist, mit einem Vorstoss für eine gigantische Hippie-Kommune.



Jean-Marc Jung
Gemeinderat SVP
Zürich

Die Sitzung dauerte bis nach 23.30 Uhr. Wie jedes Jahr um diese Jahreszeit standen Nachtragskredite en masse parat, um von der linksgrünen Mehrheit durchgewunken zu werden.

Die Verwaltung gibt mit beiden Händen Geld aus

Quer durch alle Abteilungen gibt die Verwaltung mehr aus als budgetiert. Aber auch bei anderen Traktanden wurde der Politik der hohlen Hand gefrönt. Und immer wieder wird man überrascht, wie viele kulturelle Institutionen Geld wollen und Geld bekom-

Kunstaustellungen ausrichtet, oder der Verein Camerata Zürich inkl. Camera & Kids, ein schlank besetztes Zürcher Kammerorchester, sowie der Verein Zürcher Sängerknaben. Nicht jedoch der Verein Sonic Matter, der ein Festival für experimentelle Musik organisiert.

Schule im Niemandsland

Mit oder ohne uns, alles wurde durchgewunken. Hier ein Streichkonzert zu orchestrieren hat leider keine Chance. Ohne auf die Details einzugehen – wer will, kann das Protokoll studieren – der Staatsapparat wuchert überall bis in die kleinsten Verästelungen, nicht nur beim pompösen Schulhausbau. Der Letztere sorgt regelmässig für Kopfschütteln. So versuchte der Stadtrat in dem ehemaligen Meteo-Schweiz-Gebäude, ganz oben

am Zürichberg nahe Zoo, ein Schulhaus einzurichten.

Dieses Gebäude hatte die Stadt dem Bund für 29 Mio. CHF abgekauft. Man wollte dort neun Sekundarklassen für 200 Schüler provisorisch einquartieren. Inclusive temporärer Turnhalle hätte das weitere CHF 33,6 Mio. gekostet. Und viele Sek-Schüler hätten vom Schulkreis Zürichberg dorthin pilgern müssen. Dort oben, wo kaum ein Schüler wohnt.

Die SVP war dagegen. Kurz vor der Diskussion im Rat nahm der Stadtrat die Weisung zurück. Er hatte ob der eigenen Dreistigkeit kalte Füsse bekommen und wollte einer möglichen Abstimmungsniederlage ausweichen. Jetzt geht die Suche wieder los, etwas weiter unten in der Gegend Hofacker. Die Masseneinwanderung schafft eben gewal-

tige Probleme. Die Nettosteuerzahler, und das sind immer weniger, haben das zu berappen.

GLP möchte gigantische Hippie-Kommune

Die GLP, diese grünlinke Partei, will ins Stöckli. Zu deren wahren Innenleben gibt es immer wieder Anschauungsunterricht im Gemeinderat.

Mit den Grünen zusammen wollte die GLP die Abgabe der Personalhäuser beim Triemli für ein Projekt einer klimagerechten Genossenschaft erzwingen. Für eine Zwischennutzung oder für immer. Eine linksgrüne Supergenossenschaft, die sich an den planetarischen Belastungsgrenzen orientiert, sollte es werden.

Diese anvisierte, staatlich durchsubventionierte Hippie-Kommune fand im Rat zum Glück keine Mehrheit. Die GLP darf nicht ins Stöckli, dorthin muss unser Gregor Rutz. Falls Sie ihn noch nicht gewählt haben sollten, können Sie das am Wochenende noch im nächsten Wahllokal tun.



Am Zürichberg wollte der Zürcher Stadtrat für Millionen eine provisorische Sekundarschule bauen lassen. Dort, wo kaum ein Schüler wohnt.

Bild: ZVG

AUS DEM WINTERTHURER STADTPARLAMENT

Winterthur ohne Landwirtschaft

Im Winterthurer Stadtparlament ging es um die Untersuchung bei der Stadtpolizei, einen Stadtrandpark auf Kosten der Landwirtschaft und um die Abwärmenutzung der Rechenzentren.



Daniel Oswald
Stadtparlamentarier SVP
Winterthur

An der Parlamentssitzung vom 30. Oktober war der Bericht zur Administrativuntersuchung bei der Stadtpolizei ein Thema. Der zuständigen Kommission wurde lediglich der öffentliche Bericht zugestellt, was die Kommissionspräsidentin kritisierte.

Administrativuntersuchung bei der Stadtpolizei

Damit die Kommission ihre Arbeit doch machen könne, werde die Kommission dem Stadtrat einen Fragenkatalog zukommen lassen. Es ist schon erstaunlich, wie bei dieser Administrativuntersuchung mit sehr viel Betriebsamkeit darüber hinweggetäuscht werden kann, dass man der Kern der Sache gar nicht ansprechen will. Es geht schliesslich einzig und allein darum, dass der damalige Polizeikommandant eine bestimmte Zeit lang nicht in der Lage war, seinen Auftrag zu erfüllen. Dies wahrscheinlich aus gesundheitlichen Gründen. Die damalige politische Verantwortliche hatte diese Situation von aussen gesehen «fahren» lassen, wodurch wahrscheinlich ein Führungsvakuum entstand, welches dann unkontrolliert ausgefüllt wurde.

Distanzierung von jedem Extremismus

Auch fand noch eine Nachlese zu den Nationalratswahlen statt. In einer persönlichen Erklärung äusserte sich Maria

Wegelin zu den an sie gerichteten Vorwürfen. Alle anderen Parteien reagierten auf diese persönliche Erklärung, indem sie ihre Vorwürfe wiederholten, wobei aber niemand auch nur eine konkrete Aussage von Maria Wegelin, welche politisch nicht statthaft gewesen wäre, ins Feld führen konnte. Ich wünschte mir, dass all jene, die sich in diesem Fall so ernüert gegen Extremismus einsetzten, dies auch tun, wenn sich die politische Linke nur ungenügend von extremistischen Gruppen wie z.B. der Hamas distanziert.

Stadtrandpark auf Kosten der Bauern

Gerade diejenigen, welche noch nie ein Fuder Heu eingebracht haben, geschweige denn eine Kuh gemolken haben, fühlen sich bemächtigt, den Pächtern der Winterthurer Landwirtschaftsbetriebe zusätzliche Vorschriften zu machen. In den Legislaturzielen spricht der Stadtrat von einem Stadtrandpark. Die SVP wies schon damals darauf hin, dass dieses Legislaturziel die Existenz diverser Bauernbetriebe infrage stellt. Es sollen nun Regeln und Vorschriften zur Pachtvergabe erstellt werden, nach denen alle sechs Jahre sukzessive Land der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden kann. Davon sind nicht nur die sechs städtischen Landwirtschaftsbetriebe betroffen. Es sind alle Betriebe betroffen, welche städtisches Pachtland bewirtschaften.

Des Weiteren erliess das Parlament eine neue Verordnung zur Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen. Es geht hier um das städtische Glasfasernetz, welches nicht kostendeckend betrieben werden kann. Ein Bran-

chenkenner zeigte die unhaltbare Situation sehr gut auf und gab auch zu Protokoll, dass der bis 2022 aufgelaufene Verlust 19 Millionen CHF beträgt. Ungeachtet dieses Missstandes hiess das Parlament diese neue Verordnung gut.

Energieintensives Rechenzentrum

Wärmeverbünde sind in Winterthur sehr weit verbreitet. So wurde einer Motion zugestimmt, nach welcher die Fernwärmeverordnung mit dem Ziel, die historisch gewachsenen Strukturen in ein städtisches Profitcenter zu überführen, revidiert werden soll. 2021 wurde auf dem ehemaligen Sulzerareal in Oberwinterthur das erste Modul eines grossen Rechenzentrums in Betrieb genommen. Vier weitere Module werden folgen. Im Endausbau benötigen diese fünf Module eine Anschlussleistung von 55 MW.

Der Stromverbrauch der Stadt Winterthur wird durch den Bau dieses Rechenzentrums um 50% ansteigen. Ein Postulat und eine Interpellation befassten sich mit der Abwärme des Rechenzentrums. Die Einspeisung in das bestehende Wärmenetz ist aufgrund eines Temperaturunterschiedes von 140 Grad Celsius leider nicht möglich. Der Stadtrat prüft nun aber, ob diese Abwärme auf dem Stadtgebiet Ohrbühl genutzt werden kann.

Mangels weiterer Geschäfte konnte die Parlamentssitzung um 19 Uhr beendet werden. Grundsätzlich wäre dies ja ein erfreuliches Zeichen, wenn der Staat sich auch wirklich zurückhaltender und weniger ausgabefreundlich zeigen würde. Leider ist aber die tiefere Geschäftslast nicht mit weniger Staat begründet. Ein wesentlicher Grund ist der Kompetenzverschiebung zulasten des Parlamentes an den Stadtrat geschuldet.



In Oberwinterthur steht seit 2021 ein grosses Rechenzentrum.

Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTON ZÜRICH

Andelfinger Festland schwindet infolge Hochwasser massiv

Das Hochwasser an der Thur im Sommer hat wieder im Abschnitt oberhalb der Altener Brücke massiv Land abgeschwemmt. Im entsprechenden Abschnitt steht ein Hochspannungsmast nun noch wenige Meter von der steilen Böschung entfernt am Ufer.

RoMü. Im Thuraunenperimeter, entlang der Thur vom Rhein bis zur Altener Holzbrücke, wird das Abschwemmen und die Erosion der Flussufer bewusst angestrebt. Durch bauliche Massnahmen wie das Entfernen der Uferverbauungen und -sicherungen soll die mäandrierende Strömung neue Flussschleifen schaffen können. Dieser Prozess ist seit über 20 Jahren auch oberhalb der Altener Holzbrücke auf der Andelfinger Thuruferseite deutlich zu beobachten.

Historische Veränderungen und aktuelle Bedrohungen

1980 lag die Gemeindegrenze in diesem Thurabschnitt zwischen beiden Andelfingen in der Flussmitte, das Klein-

andelfinger Thurufer war rund 25 Meter von dieser Grenze entfernt. Zusätzlich trennte auf der Andelfinger Seite das eigentliche Flussufer, ein rund 25 Meter breites Vorland, eine weitere Böschung und der Thuruferweg von der fliessenden Thur. Die massive Ufererosion und die Verschiebung der Flusssohle sind besonders bei einer Hochspannungsleitung, die 750 Meter oberhalb der Altener Holzbrücke die Thur quert, zu beobachten. 1981 stand der Hochspannungsmast noch rund 40 Meter vom Thurufer entfernt, 21 Jahre später waren es 30 Meter, und aktuell sind es kaum fünf Meter. Seit dem letzten Hochwasser hat die Thur erneut rund drei Meter vom Ufer abgeschwemmt, und der be-

reits zurückversetzte Thuruferweg samt Uferkronenbewuchs ist verschwunden.

Kleinandelfingen gewinnt Land

Mit der massiven Verschiebung der Hauptflusssohle und der gleichbleibenden Grenze hat sich auch die Wasserfläche der Thur verändert. Kleinandelfingen hat in diesem Abschnitt seit über 40 Jahren einen fast 350 Meter langen Abschnitt und fast die gesamte Wasserfläche von rund 5500 Quadratmetern verloren, dafür aber «Festland» erhalten.

Auf der Andelfinger Seite sind in den letzten 40 Jahren rund 11 500 Quadratmeter Ufer, Vorland, Wege und auch Wald dem Wasser gewichen.



Wegen der Ufererosion steht der Hochspannungsmast nur noch knapp fünf Meter von der Uferböschung entfernt. Bild: ZVG

LESERBRIEF

Zählung der Velobnutzer im HB-Tunnel

Ich fordere für den Velotunnel am HB (Eröffnung 2024) eine automatische Zählung der Anzahl Velos, die pro Tag den Tunnel benutzen!

Nur so kann klar festgestellt werden, ob sich die Millionen Franken Investition gelohnt haben! Ich fordere die Gemeinderäte Derek Richter und Ste-

phan Iten auf, einen entsprechenden Antrag zu stellen!

Bruno Fabbri, Zürich

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Stabilität, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute internationale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

>

neutralitaet-ja.ch

LESERBRIEF

Die Pflanze Schweiz muss gehegt werden!

Nicht wenige Bürger in der Schweiz leben in Armut. Die Gesundheitskosten und die damit verbundenen Krankenkassenprämien steigen. In Teilen Europas herrscht Krieg. Die Migrationswanderungen Richtung Zentral- und Westeuropa nehmen zu! Was tun wir? Wir sitzen lethargisch herum, nerven uns und hoffen auf bessere Zeiten. Die linke Politik fordert und kritisiert, trägt aber nicht nachhaltig zum Wohlstand des Landes bei, welches wir lieben.

Darum stärken wir unsere Souveränität und bleiben neutral bei kriegeri-

schen Auseinandersetzungen. Humanitäre Hilfe ja, aber kein aktives Einmischen. Tragen wir unser freiheitliches und unabhängiges Gedankengut tief im Herzen. Halten wir Sorge zu unserer Kultur und dem wunderschönen Land. Senken wir die Fixkosten, welche den Mittelstand schwächen. Seid stolz auf das Schweizer Kreuz und pflegt unsere Werte. So, dass wir uns wieder wohlfühlen können.

Andi Widmer,

ehemaliger Polizist und Buchautor, Wyland

LESERBRIEF

Im Medien-Schlaraffenland

Es ist kaum zu glauben, dass auch der von mir geschätzte Bundesrat Rösti jene behauptete «Streichung von Hunderten Stellen» nicht ins Verhältnis zur totalen Anzahl der von der SRG für 17 TV- und Radio-Sender Beschäftigten setzt bzw. diese wesentlich aussagekräftigeren Beschäftigtenzahlen unterschlägt: konkret 5500 Festangestellte plus mindestens 500 freie Mitarbeiter.

Sollte Letztere seit vielen Jahren tatsächlich niemand je seriös konsultiert, bzw. angeschaut haben? Egal, ob pro TV- oder Radio-Sender, ergibt dies einen Durchschnittswert von sage und schreibe 353 Mitarbeitenden pro Sender; sprich, ein TV-Sender von SRF benötigt möglicherweise gar das Doppelte an «manpower» davon, ein SRG-Radiosender die Hälfte: Der Vergleich mit den Teams privater TV- oder Radio-Sender, welche mit rund 30, bei wenigen Sendern mit 50 Köpfen auskommen, ist zwingend!

Vor diesem Hintergrund entspricht die Betonung der SRG selbst, «die Reduktion ihres Budgets hätte unweigerlich negative Auswirkungen auf das Pro-

gramm» purer und schändlicher Heuchelei! Dass die Zahlen des Bundesamtes für Kommunikation einmal mehr völlig übertrieben sind, erstaunt nicht weiter: Es bestätigt sich, dass der Ausbau dieses Amtes von 280 auf 400 Kommunikationsfachleute – internationale Konzerne beschäftigen weltweit 30 bis maximal 50 (sic!) – innert 10 Jahren nicht automatisch eine Verstärkung der Bundeskommunikation bewirkt; zumal diese 400 lediglich die besten fünf Schweizer PR-Agenturen zu einem Tagessatz von CHF 2500.– und mehr pro Agentur mit der auszuführenden Knochenarbeit «briefen» und ihre eigentlich selbst zu erledigende Arbeit erst noch bequemst, wenngleich zu exorbitanten Kosten für den Steuerzahler auslagern.

Im Übrigen müssen Medienkonzerne wie CH Media aktuell gerade jetzt sparen und haben keine Galgenfrist bis 2029 wie die staatliche SRG im krankhaft verzogenen Schlaraffenland!

Jean-Pierre Reinle,
Schinznach-Bad AG

LESETIPP

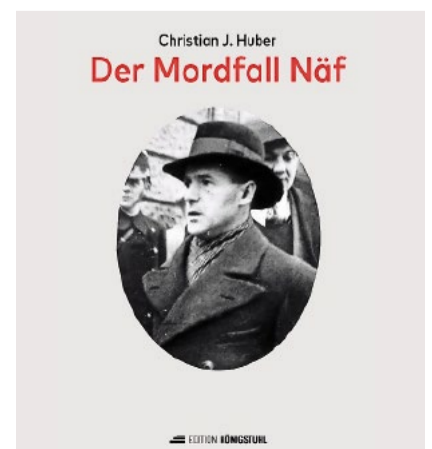
Buch zum Mordfall Näf – Zürcher Justizgeschichte neu aufgerollt

Der ehemalige Regierungsrat und Präsident des Zürcher Geschworenengerichts Christian Huber hat ein Buch über einen wahren Fall geschrieben, das unlängst in der Edition Königstuhl veröffentlicht wurde. Der Inhalt ist zusammengefasst folgender: An einem frühen Morgen findet Johann Näf seine Ehefrau Luise leblos auf dem Küchenboden liegend vor. Auf dem Tisch liegt ein Abschiedsbrief. Der herbeigerufene Arzt stellt eine Gasvergiftung fest. Ursache ist offenbar ein defekter Gasherd. Die Polizei geht von einem Selbstmord aus. Aber ein Versicherungsinspektor wird misstrauisch. Auf Luise Näf sind nämlich mehrere Lebensversicherungen abgeschlossen worden. Der Untersuchungsrichter versetzt Johann Näf in Haft und lässt die Presse nach kurzer Zeit wissen, dass am Vorliegen eines Verbrechens nicht gezweifelt werden könne. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen Mordes und Näf wird vor Geschworenengericht gestellt.

Die Lage ist für den Angeklagten hoffnungslos. Sein Ruf ist denkbar schlecht: Obwohl nur Zahntechniker, betätigt er sich als Zahnarzt, nimmt illegale Abtreibungen vor und gilt als notorischer Lügner. Das Datum des angeblichen Abschiedsbriefs erweist sich als gefälscht. Der aufsehenerregende Prozess findet am Vorabend des Zweiten Weltkriegs in einem aufgeheizten Klima statt. In Spanien tobt ein Bürgerkrieg, in Deutschland hat Hitler die Macht ergriffen und in Zürich melden sich lautstark Nazi-Sympathisanten. Der Staatsanwalt hat bei den Geschworenen leichtes Spiel. Selbst der brillante Strafverteidiger Wladimir Rosenbaum vermag die Verteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus nicht abzuwenden.

Weil Rechtsanwalt Rosenbaum keine Kapazität mehr hat, übernimmt der junge, ehrgeizige und hartnäckige Rechtsanwalt Walter Baechli. Gegen alle Widerstände erreicht er mit unkonventionellen Methoden die Wiederaufnahme des Verfahrens. Alles spricht gegen Näf und Baechlis Bemühen scheint von Anfang an aussichtslos. Aber dann nimmt der aufsehenerregende Prozess eine überraschende Wendung. Das Buch wurde sehr positiv aufgenommen. Alex Baur schrieb in der Weltwoche: «Der Autor der historischen Erzählung, alt Regierungsrat Christian Huber, weiss, wovon er schreibt. Huber war selber einmal Präsident des Zürcher Geschworenengerichts. Schnörkellos folgt er der Chronologie der Ereignisse, er stützt sich auf Protokolle und Berichte in den Zeitungen. Schritt um Schritt verfolgt der Leser die Metamorphose eines vermeintlich klaren Falles. Der zeitgeschichtliche Kontext verleiht dem Buch eine eigentümliche Faszination.»

Redaktion



Das Buch kann in jeder Buchhandlung bestellt werden. Bild: ZVG

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, See-strasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Sie möchten inserieren?
Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Buchs
Sonntag, 19. November 2023, 12.45 Uhr, Jasscup, Klubhaus des FC Buchs-Dällikon, Sportplatz Gheid, Buchs. Weitere Informationen unter www.jasscup.ch.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Samstag, 9. Dezember 2023, 19.00 Uhr, SVP-Treff, Weihnachtsmarkt, beim Feuerwehrverein, Dielsdorf.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli
Freitag, 17. November 2023, 19.00 Uhr, Martinimahl, Restaurant Kornfeld, Birchstrasse 150, Oberhasli, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Freitag, 24. November 2023, 18.30 Uhr, Fondueplausch & Apéro, Schützenhaus, Windlach.

Bezirk Meilen
Freitag, 1. Dezember 2023, 18.00 Uhr, Adventsabend, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, mit Nationalrat Marcel Dettling, Vizepräsident SVP Schweiz. Anmeldung bis 26. November 2023 mit Einzahlung von 90 Franken auf IBAN CH25 0900 0000 8005 21490.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Donnerstag, 23. November 2023, 19.30 Uhr, Infoveranstaltung, Haus Bruggächer, Bruggächerstrasse 2, Mönchaltorf.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 18. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 2. Dezember 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreis:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 2. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Jahresausklang, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 18. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 25. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Dienstag, 5. Dezember 2023, 19.30 Uhr, Chlaushöck, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 1. Dezember 2023, 19.00 Uhr, Höck am Uster Märt, Treffpunkt Bahnhof Uster. Anmeldung an helfenberger@jsvp-zh.ch.

Junge SVP Kanton Zürich/ Oberland-See
Freitag, 17. November 2023, 19.00 Uhr, Referat, Restaurant Alte Krone, Goethestrasse 12, Stäfa, mit Philipp Gut, Unternehmer und Journalist.

Sonntag, 19. November 2023, 14.00 Uhr, Ustertag 2023, Reformierte Kirche, Uster. Ab 15.30 Uhr Apéro in der Landihalle Uster.

Sonntag, 19. November 2023, 15.00 – 18.00 Uhr, Wahltreff der SVP des Kantons Zürich, Hotel Krone Unterstrass, Schaffhauserstrasse 1, Zürich, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Mittwoch, 29. November 2023, 11.45 – 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Hotel Restaurant Sonnentäl, Zürichstrasse 96, Dübendorf, mit Nationalrätin Therese Schläpfer zum Thema «Windmonster». Kosten. 30 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) an liebi@schweizerzeit.ch.

Ständeratskandidat Gregor Rutz im Einsatz

Freitag, 17. November 18.30 Uhr
Herbetanz der IG Freiheit
Anmeldung an info@freiheit-iberbach
Landgasthof Sonne, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

Samstag, 18. November 09.00 Uhr
Standaktion der SVP Kloten
Stadthaus-Passage, Kirchgasse 5, 8302 Kloten

Samstag, 18. November 11.00 Uhr
Standaktion der SVP Zürich II
Marktplatz, 8050 Zürich-Oerlikon

rutz-fuer-zueri.ch



Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

10 Millionen

Jetzt Volksinitiative unterschreiben nachhaltigkeitsinitiative.ch